

Mitglieder und Funktionäre unserer Partei, in offener Selbstkritik alle Schwächen und Mängel in der Selbstverwaltung aufzudecken und zur Beseitigung dieser Schwächen und Mängel beizutragen. In engster Zusammenarbeit mit den anderen Parteien, den Gewerkschaften, den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, den Frauen- und Jugendausschüssen müssen Methoden der Arbeit entwickelt werden, die ein möglichst reibungsloses und zufriedenstellendes Funktionieren unserer Selbstverwaltung im Interesse des werktätigen Volkes garantieren.

Eine weitere, sehr wichtige Aufgabe ist die gesteigerte Herstellung und gerechte Verteilung der lebenswichtigen Bedarfsmittel, besonders aber der Nahrungsmittel. Unsere Partei ist sich der auf diesen Gebieten bestehenden Notlage und Mängel durchaus bewußt und findet sich weder mit dem Stand der Produktion noch mit den Mängeln der Verteilung und den mageren Lebensmittelrationen ab. Natürlich kann nicht mehr verbraucht und verzehrt werden, als produziert oder vom Auslande eingeführt wird. Unser Hauptaugenmerk müssen wir deshalb darauf richten, vorhandene industrielle und unwirtschaftliche Betriebe wieder in Gang zu bringen und die Produktion unausgesetzt zu steigern. Es ist das die Aufgabe, mit der wir uns seit der Niederschlagung der Hitlermacht unausgesetzt beschäftigt haben, für deren Erfüllung aber noch sehr viel zu leisten ist. Wir haben dabei mit den großen Schwierigkeiten zu rechnen, die durch die zu erfüllenden Reparationsverpflichtungen und durch die Demonstrationen hervorgerufen werden. Aber auch diesen Schwierigkeiten müssen wir durch entsprechende Maßnahmen zu begegnen suchen.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden über die Eigentumsverhältnisse der Guts- und Industrieherrn sehr wichtige Entscheidungen getroffen, die für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungs- und Bedarfsmitteln von größter Bedeutung sind. So wurde den junkerlichen Großgrundbesitzern durch die demokratische Bodenreform der Boden genommen und unter den Kleinbauern und Landarbeitern auf geteilt. Ferner wurde den Kriegsverbrechern und aktiven Nazis das Besitzrecht auf ihre industriellen Betriebe genommen und diese in die Hände der Selbstverwaltung des Volkes übergeführt. Die dadurch herbeigeführten Veränderungen in der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion haben bei gleichzeitiger Entmachtung der Nazis und Kriegsverbrecher bereits zu einer wesentlichen Verbesserung in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungs- und Bedarfsmitteln geführt. So gab es in der sowjetischen Zone keine Kürzungen der Lebensmittelrationen. In den Städten wurden Kohlen verteilt und Winterkartoffeln an die Bevölkerung zur Einkellerung ausgegeben. Auch sonstige Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung für Bergarbeiter und Eisenbahner, für Kranke und Kinder sind erfolgt. Wenn die große Notlage der Bevölkerung damit auch noch keineswegs behoben ist, so unterscheidet sich doch die Versorgungslage wesentlich von der in der britischen Zone.

In den Städten West- und Norddeutschlands ist eine sehr ernste Ernährungskrise ausgebrochen. Es fehlt vor allem an Kartoffeln und Mehl. Dabei handelt es sich keineswegs darum, daß die Ernte schon verbraucht ist, sondern die Ursache liegt darin, daß sich der für die Erfassung, Lenkung und Verteilung der Lebensmittel verantwortliche Apparat als völlig unfähig erweist. Es ist der alte Reichsnährstandsapparat, an dessen Spitze Herr von Schlange-Sehönigen steht. Diese reaktionäre Gesellschaft trägt die Verantwortung dafür, daß der Kartoffelanbauplan in der britischen Zone nur zu 70 Prozent erfüllt wurde. Ähnlich ist es auch in der amerikanischen Zone, wo der Anbau der landwirtschaftlichen Fläche in diesem Jahre 12 Prozent unter dem Durchschnitt der Jahre 1939/1944 liegt und der Ertrag um 20 Prozent unter dem aufgestellten Plan blieb. Ganz anders hat sich die Lage in der sowjetischen Zone gestaltet, wo in dem letzten Landwirtschaftsjahr 13 Prozent

mehr angebaut wurden als im Vorjahre und der aufgestellte Plan um 12 686 Hektar Anbaufläche übererfüllt worden ist. Insgesamt liegt die Anbaufläche in der sowjetischen Besatzungszone nur um 2 Prozent niedriger als im Jahre 1938/39.

Diese Erfolge in der sowjetischen Zone sind der demokratischen Bodenreform, der großen Brachlandaktion, den Anstrengungen der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, der aktiven Mitarbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bereitstellung von landwirtschaftlichen Geräten und industriellen Produkten zuzuschreiben. In der sowjetischen Zone arbeiten Stadt und Land Hand in Hand, um die Ertragsfähigkeit des Bodens zu steigern und die Ernährungslage der gesamten Bevölkerung zu verbessern. Alle die Produktion hemmenden Einflüsse wurden aufgedeckt und bekämpft. Unter möglicher Ausschaltung des Schwarzen Marktes wird von den Selbstverwaltungsorganen und den antifaschistisch-demokratischen Organisationen alles getan, um die erzeugten landwirtschaftlichen Produkte an die Verbraucher zu bringen.

Die Ernährungskrise im Westen kann "nur überwunden werden, wenn die Organisation des unfähigen und sabotierenden Reichsnährstandes ausgeschaltet, das Junkerland entschädigungslos enteignet und den landarmen Bauern und Umsiedlern übergeben und das letzte Stückchen Boden restlos für die landwirtschaftliche Produktion ausgenutzt wird. Vor allem bedarf es dazu der Steigerung des Einflusses der sozialistischen Parteien, ihres einheitlichen und entschlossenen Handelns und ihres Zusammenschlusses, um die reaktionären Kräfte zu schlagen und eine wirkliche Demokratisierung zu sichern.

Wie auf dem Gebiete der Ernährung, so zeigt sich auch in der industriellen Produktion die Auswirkung der großen sozialen Gegensätze zwischen den reaktionären Machthabern und den Interessen der werktätigen Bevölkerung. Das tritt eindeutig in der Frage der Kohlenproduktion hervor. Zwar beherrschen die ehemaligen Grubenbesitzer nicht mehr unmittelbar die Schächte. Zum Teil wurden sie verhaftet, zum Teil sind sie geflohen; aber geblieben sind ihre Direktoren, die technischen Leiter, Grubeninspektoren und Steiger. Der Bergmann besitzt kein Vertrauen zu diesen faschistischen Kräften und hat vor allem keine Gewißheit, daß eine Steigerung der Kohlenproduktion der werktätigen Bevölkerung zugute kommt. Hieraus ergibt sich im Westen Deutschlands die Tatsache, daß die Steinkohlenförderung noch immer 46 Prozent unter dem Stand des Durchschnitts der Jahre 1935/38 liegt. Dagegen bewegt sich die Steinkohlenproduktion in der sowjetischen Besatzungszone nur noch wenige Prozente unter dem Stand der letzten Friedensjahre. Jeder Monat bringt eine neue Erhöhung der Produktion und häufig sogar eine Steigerung über das aufgestellte Soll hinaus.

Die Ursache für das Zurückbleiben der Kohlenproduktion im Westen und die Erfüllung der Planziffern in der sowjetischen Zone liegt nicht zuletzt auch in dem unterschiedlichen Einfluß der Gewerkschaften. Während die Gewerkschaften in der sowjetischen Zone in ihrem Mitbestimmungsrecht keiner Beschränkung unterliegen und sie gemeinsam mit den Betriebsräten und Grubenverwaltungen alles tun, um die Produktion zu steigern und den demokratischen Wiederaufbau zu fördern, wird den Gewerkschaften und Betriebsräten im Westen ein solches Mitbestimmungsrecht in den Kohlengruben verwehrt. Die Bergarbeiter erkennen den Unterschied in der Behandlung der Gewerkschaften sehr wohl. Sie verstehen, daß eine gesteigerte Arbeitsleistung dem Aufbau und der Verbesserung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes nur dann zugute kommt, wenn jeder Einfluß der Grubenbarone und ihrer reaktionären Lakaien endgültig ausgeschaltet wird. Unsere Aufgabe besteht gerade darin, den Bergarbeitern des Westens klarzumachen, daß ein friedlicher Aufbau nur durch die konsequente Demokratisierung und durch die Ausrottung des Nazismus und Militarismus möglich ist. Dazu ist vor allen Dingen die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte und ihr Zu-